

Georgien: Orthodoxe Kirche fordert Verbot der Tiflis-Pride

Über dieses Wochenende soll in der georgischen Hauptstadt wieder ein Versuch gestartet werden, doch nun hat sich die orthodoxe Kirche mit einem Schreiben an die Intergroup des Europäischen Parlaments und an die verschiedenen Botschafter in Georgien gewandt, damit sie diese "schwere Sünde" nicht unterstützen.

Die Organisatoren der „Pride“ würden unter dem Deckmantel der Menschenrechte ein nicht-traditionelles Leben propagieren, welches im Konflikt mit den gesellschaftlich anerkannten, moralischen Normen stehe und eine schwere Sünde darstelle. Mit diesen Worten wandte sich die georgisch-orthodoxe Kirche an die Intergroup des Europäischen Parlaments und an die Botschafter zahlreicher Länder in Georgien. Weiter fordern sie, dass die Pride in Tiflis verboten und die Regierung deswegen aktiv werden solle, denn es gehe um die Stabilität Georgiens, um den sozialen Frieden, und darum, eine Destabilisierung des Landes und des öffentlichen Lebens zu verhindern.



Aus diesem Grund sollen die Intergroup und die Botschafter diesen Anlass nicht unterstützen und die Pride-Veranstalter nicht auch noch dazu ermutigen. Sich zu einer solchen Sünde zu bekennen, sei inakzeptabel, ebenso wie andere diesbezüglich zu beeinflussen. Die Demonstration würde zudem die allgemeinen Werte durcheinanderbringen, was einen negativen Einfluss auf die Psyche von Minderjährigen habe und nicht dem Wohl der Kinder diene, heisst es im Schreiben weiter.

Einschüchtern lassen wollen sich die Pride-Veranstalter nicht und so planen sie weiter, den Anlass am 5. Juli durchführen zu können. Sie fordern dabei von der Regierung in Georgien, dass die Politik auf alle Einwohner:innen ausgerichtet werden solle, um ein Umfeld frei von Homophobie, Stigmatisierung und Diskriminierung zu schaffen. Alle Hassverbrechen sollen dabei vollständig untersucht werden, um für Gerechtigkeit zu sorgen. Zudem solle die Sicherheit für alle Bürger:innen sichergestellt und das Recht auf Versammlung soll garantiert werden, egal welche sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität jemand hat, so die Veranstalter der Pride weiter.

Die Tiflis Pride in der Hauptstadt Georgiens hat eine kurze, aber äusserst bewegte Vergangenheit: 2019 musste die Pride aufgrund von massiven Drohungen und wegen politischen Unruhen in der Hauptstadt Tiflis abgesagt werden. So erklärte damals ein berühmter Millionär des Landes, dass er Schlägertrupps bezahlen werde, welche die Pride-Teilnehmer aufmischen sollen. Trotz dieser widrigen Umständen, entschieden sich die Organisatoren darauf, die Pride zwei Wochen später und in einem viel kleineren Rahmen trotzdem noch durchzuführen.

Nachtrag vom 5.7.2021: Pride abgesagt

Wenige Stunden vor der für den Montagnachmittag geplanten Demonstration des "Tbilisi Pride" durch die Innenstadt der georgischen Hauptstadt haben die Organisator*innen des CSD die Veranstaltung abgesagt. Vorher hatten hunderte nationalistische und orthodoxe Pride-Gegner*innen grösstenteils von der Polizei ungestört in der Innenstadt randaliert und unter anderem Journalist*innen brutal angegriffen und die (unbesetzten) CSD-Büros gestürmt. Die Regierung hatte sich geweigert, dem CSD Sicherheit zu gewährleisten – Premierminister Irakli Gharibaschwili hatte bereits am Morgen eine Absage durch die Veranstaltenden gefordert.

Am Montag sei "der Zivilgesellschaft, den demokratischen Werten und dem europäischen Kurs des Landes der Krieg erklärt" worden, kommentierte der Pride in seiner bislang nur auf Georgisch verfügbaren Stellungnahme zur Absage der Demonstration. Die Untätigkeit der Regierung und des Premiers, der mit seiner "schamvollen" Stellungnahme seine Verantwortung auf die Aktivist*innen abgewälzt habe, habe die Gesundheit und das Leben der georgischen Bürger*innen ernsthaft in Gefahr gebracht und ihre Grundrechte missachtet, obwohl die Regierung das alles hätte schützen können. Doch anstatt Sicherheit zu gewährleisten, seien gewalttätige Gruppen in ihrer "Jagd auf Medienvertreter*innen, Aktivist*innen und jeden, der Gleichstellung begrüsst", noch angestachelt worden, beklagt der Pride. Die "riesige Welle des Hasses" werde von der Regierung und dem Patriarchat unterstützt, teils prorussische Hassgruppen würden als "Instrumente der politischen Macht" genutzt.

"Wir können nicht auf eine Strasse voller Schläger gehen, die von der Regierung, dem Patriarchat und den prorussischen Kräften unterstützt werden, und das Leben der Menschen aufs Spiel setzen", so der Pride. Man wolle den Unterstützer*innen aber verdeutlichen, "dass der Kampf um Würde weitergehen wird, ein unumkehrbarer Prozess, der trotz des wütenden Widerstands [...] nicht aufhören wird!"

In einer gemeinsamen Stellungnahme verurteilten am Nachmittag mehrere Botschaften von EU-Ländern, darunter die deutsche, sowie die von Grossbritannien und den USA die "gewalttätigen Angriffe" und das "Versagen" der Führungen von Religion und Politik, diese ebenfalls zu verurteilen. Gewalttäter müssten mit aller Härte bestraft werden, die Regierung müsse das Recht auf Meinungsfreiheit und Versammlung und den Schutz der Presse gewährleisten. "Die Szenen der Gewalt und die Untätigkeit der georgischen Behörden sind ein Armutszeugnis für die georgische Demokratie und eine Kapitulation vor Schlägern und aufgehetzten Horden", betonte auch der LSVD. "Die Weigerung der Regierung, die angemeldete CSD-Demo zu schützen, ist mit demokratischen Prinzipien unvereinbar." Deutschland müsse den georgischen Botschafter einbestellen und sich im Europarat für LGBTI-Rechte stark machen.

Am Abend gab die Polizei bekannt, im Laufe des Tages acht (!) Personen festgenommen zu haben. Insgesamt habe man 55 Gewaltvorfälle dokumentiert, von denen sich 53 gegen Medienvertreter*innen richteten. Unter anderem zum Angriff auf das Pride-Büro habe man Ermittlungen gestartet.

Nachtrag vom 8.7.2021: Demonstration vor Parlament

Am Dienstagabend versammelten sich nun geschätzte 7'000 LGBTI+ Aktivist:innen zusammen mit ihren Allys und grossen Regenbogen-, sowie EU-Fahnen auf der Rustaveli Avenue vor dem Parlament der georgischen Hauptstadt, um einerseits gegen Queer-Feindlichkeiten ausgehend von Hassgruppen, aber auch gegen die Untätigkeit der Polizei zu demonstrieren. Damit übertrafen sie schon rein von der Anzahl her die Gegendemonstranten vom Vortag um ein Mehrfaches.

Nachdem die Pride am Montag wegen den Angriffen abgesagt werden musste, bildete die Demonstration am Dienstagabend quasi stellvertretend dafür den Abschluss der diesjährigen Pride-Week. Nun gilt es aber die brutalen Vorkommnisse vom Montag aufzuarbeiten, damit solche Zusammenstösse in Zukunft verhindert werden können.

gay.ch / 4.7.2021, 5.7.2021 und 8.7.2021